Bezirksverordnetenversammlung Neukölln von Berlin
XIX. Wahlperiode

Protokoll
6. öffentliche Sitzung des Jugendhilfeausschusses

Sitzungstermin:	Donnerstag, 19.04.2012
Sitzungsbeginn:	17:00 Uhr
Sitzungsende:	19:30 Uhr
Ort, Raum:	Nachbarschaftsheim Neukölln, Schierker Straße 53, 12051 Berlin

Anwesende:

Frau Mirjam Blumenthal	SPD	
Herr Björn Daum	CDU	Vertretung für: Frau Caglar, Derya
Herr Uwe Drzyzga	SPD	
Frau Nilgün Hascelik	SPD	
Frau Sabine Haupt	SPD	
Herr Christopher Förster	CDU	
Herr Manuel Thormann	CDU	
Frau Mahwareh Christians-Roshanai	Grüne	
Frau Gabriele Vonnekold	Grüne	
Frau Anne Helm	PIRATEN	
Frau Erika Mourgues	LINKE	
Frau Judith Gesenhoff	Diakonie Simeon	
Frau Birgit Karsten	Unionhilfswerk gGmbH	
Herr Nader Khalil	EJF gAG	
Herr Martin Stratmann	Paritätischer Wohlfahrtsverband	
Frau Korinna Thiemann	Die Falken e.V.	
Herr Hüseyin Yilmaz	AKARSU e.V.	
Frau Iris Fierdag	Kath. Kirche	
Herr Hans-Detlef Glücklich	CDU	
Frau Gabriele Heinemann	Mädchenarbeit	
Herr Olaf Petzold	Evangelische Kirche	
Frau Martina Zander		

Mitarbeiter der Verwaltung:

Liecke, Falko	JugGesDez	
Hentschel, Heike	JugGes Dez 1	
Thurley, Marion	Jug FS L	
Dr. Gallus-Jetter, Gabriele	JugDir	anwesend ab 18:20 Uhr
Kronberg, Susanne	Schul CR²	
Lehmann, Norbert	BBWA 2	

Gäste:

Herr Hans-Peter Becker	Katholische Kirche
Herr Bernhard Heeb	Nachbarschaftsheim Neukölln e.V.
Herr Martin Kusber	Deutscher Beamtenbund
Herr Falco Naujoks	Deutscher Beamtenbund
Herr Eugen Koch	
Frau Micaela Daschel	AWO-Kreisverband Südost e. V.

Abwesende:

Frau Derya Caglar	SPD	entschuldigt
Frau Karin Gelfert	Junge Huma-nistInnen	entschuldigt
Frau Annegret Simon-Sack	Lebenshilfe Berlin	unentschuldigt
Herr Helmut Wedeward	BEA	entschuldigt
Herr Axel Haese	Human. Ver-band Deutschland	unentschuldigt
Herr Oliver Schwarz	Sportjugend Berlin	entschuldigt

zu 1 Begrüßung und Annahme der Tagesordnung

Der Vorsitzende, Herr Thormann, eröffnet die 6. Sitzung des Jugendhilfeausschusses und begrüßt die Anwesenden. Die Tagesordnung ist allen Mitgliedern rechtzeitig zugegangen und wird ohne Änderungswünsche angenommen.

zu 2 Protokoll der 4. Sitzung

Das Protokoll der 4. Sitzung wird mit folgender Änderung angenommen:

Zu TOP 3:

Veränderungen im Kapitel 4010 – zweiter Absatz: „Herr BzStR Liecke ergänzt, dass die ***weiteren*** Strukturveränderungen überwiegend…..“

zu 3 Vorstellung und Besichtigung des Nachbarschaftsheims Neukölln e.V.

Anlässlich dieses TOPs besichtigen die Anwesenden zunächst das Nachbarschaftsheim Neukölln. Anschließend übergibt Herr Thormann das Wort an Herrn Heeb. In seiner Funktion als Geschäftsführer des Nachbarschaftsheims Neukölln stellt dieser das umfassende Angebot der Einrichtung vor (siehe Anlage 1). Seit rund 65 Jahren orientiert sich das vielfältige Angebot für alle Generationen an den gesellschaftlichen Bedürfnissen des Gebietes. Die Angebote erstrecken sich auf mehrere zentrale Bereiche:

a) interkulturelle Kinder- und Familienarbeit
b) Kinderfreizeitangebote und – projekte, Hausaufgabenbetreuung und Medienarbeit
c) Jugendwerkstatt für straffällig gewordene Jugendliche
d) Familienbildungszentrum mit Kursangeboten
e) Informationsveranstaltungen rund um die Schwangerschaft, Geburt und frühe Kindheit
f) Mobile Sportangebote und
g) Förderung der zivilgesellschaftlichen Partizipation von Menschen mit Migrationshintergrund

Getragen wird das gesamte Zentrum durch ein hohes Maß an bürgerschaftlichem Engagement. In seinen folgenden Ausführungen konzentriert Herr Heeb sich überwiegend auf das Angebot des Bereiches des Kinder- und Familienzentrums und erläutert, dass das Familienbildungszentrum seit über fünf Jahren im Bezirk arbeitet. Außerschulische Bildungsangebote werden im engen Kontakt zu den Familien der Jugendlichen angeboten. Des Weiteren findet wöchentlich ein Kiez-Cafe mit begleitender Beratung der Familien statt.

Auf Nachfrage berichtet Herr Heeb, dass die Zuweisungen für die Jugendwerkstatt „Stattknast“ über die Jugendgerichtshilfe erfolgen und dieses Angebot durchgehend ausgelastet ist.

Hinsichtlich der Schulungen für die „Peer-Helper“ erklärt Herr Heeb auf Nachfrage von Frau Blumenthal, dass im Rahmen der „Ausbildung“ zum Peer-Helper keine Jugendleiterkarten herausgegeben werden, da die Anforderungen dieser Jugendgruppenleiterschulungen für die in Rede stehenden Jugendlichen zunächst zu hoch sind. Seitens des Nachbarschaftsheims ist hier ein niedrigschwelliger Einstieg in das Programm sichergestellt, um langfristig auf die neuerworbenen Fähigkeiten der Jugendlichen nach und nach aufzubauen.

Nachdem die Fragen der Anwesenden beantwortet wurden, bedankt sich Herr Thormann für die ausführliche Vorstellung der Arbeit des Nachbarschaftsheims Neukölln und schließt diesen Tagesordnungspunkt.

zu 4 Entscheidung über den Antrag auf Anerkennung des Nachbarschaftsheims Neukölln e.V. als Träger der freien Jugendhilfe nach § 75 SGB VIII

Herr Thormann bittet die stimmberechtigten Mitglieder des Jugendhilfeausschusses um Entscheidung über den Antrag auf Anerkennung des Nachbarschaftsheims Neukölln e.V. als Träger der freien Jugendhilfe nach § 75 SGB VIII.

Der Antrag wird einstimmig angenommen.

zu 5 Interessenbekundungsverfahren "Manege"

Herr Thormann bittet Herrn BzStR Liecke um einige einleitende Worte zum Interessenbekundungsverfahren für den Betrieb der auf dem Campus Rütli befindlichen Kinder- und Jugendfreizeiteinrichtung Manege. Dieser begrüßt zunächst auch die zahlreich erschienen Jugendlichen und erläutert, dass es eine Vielzahl an Angeboten für die Jugendlichen im Bezirk gibt. In regelmäßigen Abständen muss daher überprüft werden, ob das bestehende Angebot noch immer den aktuellen Bedürfnissen und Ansprüchen der Zielgruppe im Bezirk entspricht. Die Leistungsverträge für die Kinder- und Jugendfreizeiteinrichtung Manege und das Projekt Jugendstraße auf dem Campus Rütli - CR² laufen zum 30. Juni 2012 aus. Es ist geplant, im Vorfeld des Vertragsabschlusses ab dem 01. Juli 2012 ein analog angewandtes Interessenbekundungsverfahren durchzuführen. Hierbei handelt es sich weder inhaltlich noch formal um eine öffentliche Ausschreibung. Es hat zum Ziel, verbindliche Standards und Kriterien für die künftige Jugend- und Jugendsozialarbeit auf dem Campus Rütli zu setzen. Alle Träger haben die Möglichkeit sich einzubringen und ihr Konzept vorzustellen bzw. einzureichen.

Das Interessenbekundungsverfahren führt im Rahmen des anstehenden neuen Vertragsabschlusses das Bezirksamt Neukölln, vertreten durch die Abteilung Bildung, Schule, Kultur und Sport durch. Aufgrund eines Bezirksamtsbeschlusses wurden sämtliche Leistungen, die im Zusammenhang mit dem „Campus Rütli“ stehen, in der Abt. BiSchuKuSp angesiedelt. In der Konsequenz stellt die Abteilung Jugend und Gesundheit nunmehr der Abteilung Bildung, Schule, Kultur und Sport Mittel für den Betrieb der Kinder- und Jugendfreizeiteinrichtung Manege und für das Projekt Jugendstraße zur Verfügung. Die fachliche Steuerung erfolgt jedoch weiterhin in enger Zusammenarbeit mit der Abteilung Jugend und Gesundheit.

Herr BzStR Liecke begrüßt in diesem Zusammenhang Frau Kronberg, die für die Beantwortung inhaltlicher Fragen zum in Rede stehenden Interessenbekundungsverfahren am heutigen Jugendhilfeausschuss für die Abteilung BiSchuKuSp teilnimmt. Frau BzStR Dr. Giffey ist leider terminlich verhindert.

Frau Vonnekold drückt ihre Verwunderung zu dem im Vorfeld des Ausschusses übersandten Konzept aus. Sie bat im Rahmen der letzten Ausschusssitzung um Vorstellung der Ausschreibungskriterien und des geplanten Verfahrens. Das nunmehr vorliegende Konzept eignet sich ihrer Meinung nach nicht dazu, die Kriterien und das Verfahren transparent zu machen. Wie sich in diesem Zusammenhang herausstellt, hat Frau Vonnekold den Text zum Interessenbekundungsverfahren nicht erhalten. Sie bittet daher Herrn BzStR Liecke, das Interessenbekundungsverfahren vorzustellen. Dieser betont nochmals, dass es sich hierbei um ein Verfahren handele, um zunächst allen interessierten Trägern die Möglichkeit einzuräumen, ihr Interesse für den Betrieb der Einrichtung zu bekunden und ein entsprechendes Konzept oder eine Konzeptskizze einzureichen. Mit Hilfe von qualifizierten Auswahlkriterien, die aus diesem Interessenbekundungsverfahren entwickelt werden, soll die Möglichkeit geschaffen werden, eine transparente sowie fachlich und wirtschaftlich begründete Vergabeentscheidung zu treffen, nachdem die in Frage kommenden Träger ein qualifiziertes Angebot eingereicht haben.

Frau Heinemann merkt an, dass in der Vergangenheit die Kombination der Bereiche Schule und Jugend teilweise problematisch war und fragt nach der Verantwortung für das vorliegende Konzept. Ihres Erachtens fehlt es in dem vorliegenden Konzept an Aspekten, wie zum Beispiel zur künstlerischen Arbeit. Herr BzStR Liecke erklärt, dass das Konzept bewusst offen gehalten wurde, damit sich eine breite Trägerschaft angesprochen fühlt, ihre Vorstellungen einzubringen. Herr BzStR Liecke verweist zunächst noch einmal darauf, dass aus den bereits genannten Gründen das Interessenbekundungsverfahren vertreten durch die Abt. BiSchuKuSp, aber in enger fachlicher Zusammenarbeit mit Vertreter/innen der Abteilung Jugend und Gesundheit durchgeführt wird. Zur inhaltlichen Ausrichtung macht Herr BzStR Liecke deutlich, dass sich alle Beteiligten hinsichtlich der Zusammenarbeit der Akteure auf dem Campus Rütli dazu verpflichtet haben, ressortübergreifend und partnerschaftlich im Sinne des Konzeptes für den Campus Rütli zu arbeiten. Frau Kronberg ergänzt, dass das vorliegende Konzept in enger Zusammenarbeit mit der Abteilung Jugend und Gesundheit erarbeitet wurde und keineswegs ausschließlich schulisch ausgerichtet ist.

Auf Nachfrage macht Herr BzStR Liecke deutlich, dass es nicht darum geht, das kostengünstigste Angebot herauszufinden. Vielmehr ist es das Ziel, für die zur Verfügung stehenden Mittel, das bestmögliche Angebot für die Kinder und Jugendlichen im Bezirk zu ermitteln. Auch der bisher tätige Träger kann selbstverständlich mit einem Konzept sein Interesse bekunden. Des Weiteren weist Herr BzStR Liecke darauf hin, dass der Umfang der zur Verfügung stehenden Mittel bereits bekannt ist und somit die qualitative Ausgestaltung des Angebotes Gegenstand des Verfahrens ist. Frau Kronberg macht in diesem Zusammenhang noch einmal deutlich, dass bei der Finanzierung der Freizeiteinrichtung Manege sehr viel Geld der Steuerzahler gebunden wird, dessen Ausgabe nachprüfbar und belegbar sein muss, und es u. a. deshalb eine Vorgabe seitens der Senatsverwaltung gibt, auch den Markt für soziale Angebote regelmäßig zu erkunden. Fusion e.V. ist bereits seit 1999 tätig. Der Leistungsvertrag wird erstmals durch die Abteilung BiSchuKuSp abgeschlossen und die einzelnen Module des Campus Rütli sollen zusammengefasst werden. Daher wird ein Interessenbekundungsverfahren zum gegenwärtigen Zeitpunkt seitens der beiden Abteilungen für richtig erachtet. Im Übrigen wurde der Träger Fusion e.V. bereits vor einem Jahr von diesem Vorhaben in Kenntnis gesetzt und aufgefordert sich an dem Verfahren zu beteiligen. Herr BzStR Liecke ergänzt hierzu, dass dieses Verfahren auch die nötige und geforderte Transparenz schafft, um allen Beteiligten aufzuzeigen, aus welchen Gründen welcher Träger eine Einrichtung betreibt.

Auf Nachfrage von Frau Blumenthal teilen sowohl Herr BzStR Liecke als auch Frau Kronberg mit, dass durchaus in Betracht gezogen wird, die Jugendlichen im Rahmen des Auswahlverfahrens zu ihrer Meinung zu befragen. Konkrete Planungen hierzu gibt es jedoch aktuell noch nicht.

Frau Vonnekold fragt nochmals nach den vereinbarten konkreten Auswahlkriterien, da ihrer Meinung nach der Jugendhilfeausschuss die Entscheidung über die in Rede stehenden Kriterien zu treffen hat bzw. grundsätzlich nicht die Verantwortlichen des Campus Rütli, sondern der JHA das Entscheidungsgremium in dieser Angelegenheit ist. Sie macht noch einmal deutlich, dass sie das vorliegende Konzept für äußerst schulisch ausgeprägt hält. Des Weiteren bemängelt sie die Kürze der Zeit, in der das Interessenbekundungsverfahren durchgeführt werden soll, da der aktuelle Vertrag mit Fusion e.V. am 30. April 2012 ausläuft. Herr BzStR. Liecke erläutert wiederholt das Ziel des Interessenbekundungsverfahrens und macht darauf aufmerksam, dass der aktuelle Vertrag mit Fusion e.V. bis zum 30. Juni 2012 verlängert wurde. Es erfolgt umgehend nach der Sitzung des Jugendhilfeausschusses eine öffentliche Bekanntmachung des Interessenbekundungsverfahrens. Frau Kronberg ergänzt, dass die Verwaltung auf die zeitliche Vorgabe des Verfahrens vorbereitet ist.

Frau Kronberg führt auf Nachfrage der Mitarbeiter/innen der Manege aus, dass der Campus Rütli keine „eigenen Kinder“ hat, sondern für die Kinder und Jugendlichen des gesamten Kiezes geöffnet und keineswegs geplant ist, künftig eine Dependance für die Gemeinschaftsschule zu betreiben, die die bisherigen Besucher der Einrichtung von dem Angebot ausschließt. Herr BzStR Liecke versteht die Ängste der Mitarbeiter/innen sowie der Jugendlichen, die seiner Meinung nach jedoch ausschließlich aufgrund mangelnder Informationen entstanden sind. Er erinnert noch einmal daran, dass der Jugendhilfeausschuss bereits in der Vergangenheit über das geplante Interessenbekundungsverfahren informiert wurde. In diesem Zusammenhang teilt er Herrn Becker sein Befremden über die Form der Ansprache in der Öffentlichkeit mit, in der er mangelnde Transparenz und mangelnde vertrauensvolle Arbeit mit den Trägern vorgeworfen hat. Herr Becker hat an allen Sitzungen des Jugendhilfeausschusses teilgenommen und war somit durchgehend informiert.

Frau Vonnekold teilt nochmals ihr Unverständnis über den Umgang mit den Trägern mit. Sie hält den Zeitpunkt für das Interessenbekundungsverfahren für bewusst gewählt, damit eine Entscheidung zur Sommerpause getroffen werden muss und niemand gegebenenfalls intervenieren kann. Sie stellt daher den Antrag, den Vertrag mit Fusion e.V. bis zum 31. Dezember 2012 zu verlängern. Herr Förster entgegnet an dieser Stelle, dass die Verwaltung ein absolutes Höchstmaß an Transparenz in dieser Angelegenheit hergestellt hat und traut den Beteiligten durchaus zu, das Verfahren rechtzeitig abschließen zu können. Im Ergebnis wird der Antrag von Frau Vonnekold bei 3 Ja – Stimmen, 7 Gegenstimmen und 2 Enthaltungen abgelehnt.

Herr Drzyzga macht anschließend noch einmal deutlich, dass im Jugendhilfeausschuss die Informationen zum Interessenbekundungsverfahren durchgehend vorlagen und Fusion e.V. die Mitarbeiter/innen jederzeit hätte informieren können, dann wäre diese Form der Verunsicherung nicht aufgetreten.

Auf Nachrage von Herrn Khalil bietet Herr BzStR Liecke an, ein persönliches Gespräch mit den Mitarbeiter/innen sowie interessierten Jugendlichen der Manege zu führen. Er wird hierzu Frau BzStR Dr. Giffey befragen, ob auch sie an diesem Termin teilnehmen möchte. Es kann allerdings an dieser Stelle nicht garantiert werden, dass das Angebot in unveränderter Form bestehen bleibt.

Herr Thormann beendet anschließend den Tagesordnungspunkt mit dem Hinweis, dass der Jugendhilfeausschuss sich zu gegebener Zeit wieder mit dieser Thematik befassen wird.

zu 6 Mitteilungen

Herr Thormann bittet Herrn BzStR Liecke um Mitteilungen der Verwaltung.

2. Lange Nacht der Familien

Die 2. Lange Nacht der Familie findet am 05. Mai 2012 statt und ist ein besonderes, den Kindern und ihren Familien zugewandtes Berlin-Highlight unter der Schirmherrschaft der Senatorin für Bildung, Jugend und Wissenschaft, Sandra Scheeres.

Auf der Website der Familiennacht kann Näheres zu dieser Veranstaltung erfahren und auch ein Einblick in die einzelnen Angebote der Akteure genommen werden.

Anton – Schmaus – Haus

Frau Blumenthal berichtet, dass vom 28. April 2012 bis 01. Mai 2012 das Anton-Schmaus-Haus wiedereröffnet wird. Eine Einladung wurde an alle Mitglieder des Jugendhilfeausschusses über den Verteiler der BVV versandt.

zu 7 Nächste Sitzung: 03.05.2012

Die nächste Sitzung des Jugendhilfeausschusses findet voraussichtlich am 03. Mai 2012 statt. Eine gesonderte Einladung erfolgt.

Berlin-Neukölln, 04. Juni 2012

Manuel T h o r m a n n	Heike Hentschel
Vorsitzender des Ausschusses	Protokollführung